



85 Jahre
Spanischer Bürgerkrieg
Interview mit Martin Sellner

TREND

NEUER ZEITGEIST

Mette Frederiksen, Dänische Ministerpräsidentin
(News Øresund – Johan Wessman, CC BY 3.0)

Blick nach Europa

Rechte Sozialdemokratie in Dänemark

Verehrter Leser,

allem Anfang wohnt ein Zauber inne. Am 23. Juni 2021 gründete sich der Verein „Freunde der Staatsreparatur e. V.“. Die geänderte Finanzierungssituation nach dem Ende der Büros als Abgeordnetenbüros machte neue Ideen nötig.

In der AfD Berlin gibt es grob gesagt zwei Teile, welche die Staatsreparatur schon immer recht unterschiedlich beurteilten. Auf der einen Seite die Fans, oft rege Gäste der Veranstaltungen und Vorträge, nicht alle Mitglieder der Alternative für Deutschland, und auf der anderen Seite die Zauderer und Miesmacher, jene alle Parteimitglieder.

Die Argumentation, ein Büro als Ladenbüro könne man nicht schützen, änderte sich im Laufe der Zeit dazu, das Büro von Andreas Wild sei an sich nicht unterstützenswert.

Hierbei spielte es auch keine Rolle, daß es neben der Staatsreparatur nur die Räume in Blankenburg gab, die eine öffentliche Einladung unter Angabe einer Adresse möglich machten. In Pankow gab es eine interessante Mischung aus vier Abgeordnetenbüros und einer bezirklichen Anmietung.

In der Staatsreparatur können künftig weiterhin Veranstaltungen zur politischen Bildung, Rhetorikkurse und Seminare zur politischen Arbeit stattfinden, sie steht aber auch als Probenraum für einen Chor, als Treffpunkt für einen Frühschoppen am Sonntag, oder für Filmabende und die ein oder andere Feier zur Verfügung. Ein Fernsehstudio soll neben dem Veranstaltungsraum einen festen Platz in der Staatsreparatur bekommen.

Unser Förderverein freut sich auf viele Fördermitgliedschaften, die mit regelmäßigen Beiträgen die Mietkosten der Staatsreparatur tragen. Wir werden für unsere Fördermitglieder in Kürze unsere Website erweitern eine Online-Anmeldung ermöglichen.

Wir werden künftig auch die Möglichkeit schaffen, mit freiwilligen Mitstreitern eine Ansprechmöglichkeit für interessierte Bürger zu schaffen. Wer mitmachen möchte, ist immer willkommen.

Ob der Herbst endlich einen Anfang der Vernunft in Sachen Corona bringen wird, ist unsicher. Man darf den falsch-positiven Anteil bei den Tests nicht außer Acht lassen. Aber darüber wollen unsere Hobby-Angstmacher in den Regierungen und bei den Medien lieber nicht reden. Man wird weiterhin Panik verbreiten und Ungeimpfte schikanieren. Da halte ich es mit dem bayerischen Vizeregierungschef Aiwanger:

Ich werde mich nicht impfen lassen!

Ihr Andreas Wild



Inhalt

Seite 2 *Editorial*

Wild – nur für Dich

Seite 3-7 *Leitartikel*

Die Ausländerpolitik der dänischen Sozialdemokratie

Interview mit Martin Sellner

Beginn des Spanische Bürgerkrieges vor 85 Jahren

Seite 8-11 *Politik, Lyrik*

Oligarchisierung II – Berliner Verhältnisse

Gedicht: Wir, Die Demokraten

Seite 12-13

Über die Corona-Schutzimpfungen

Seite 14

Doppelte Standards: Hier Slowenien, da die Ukraine

Seite 15

Der Albaner – Ein widerspenstig fatalistischer Optimist

Seite 16 *Leseempfehlung, Rätsel*

Leseempfehlung: Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten

Ethnosolidaritätskreuzworträtsel



Kreativwerkstatt Staatsreparatur: Formate wie der Blaue Dialog, Wilds Wochenschau und das TREND-Magazin sind hier entstanden

Grundsätzlich sehen sich Länder Westeuropas gleichermaßen mit der Massenzuwanderung aus Nordafrika und dem Nahen Osten konfrontiert. Während die Regierenden der meisten dieser Länder aber gar nicht genug Zuwanderer bekommen können und die eigenen angestammten Völker in multiethnischen Gesellschaften untergehen lassen wollen, gehen die dänischen Sozialdemokraten hier zum Entsetzen ihrer deutschen Genossen schon seit Jahren einen gänzlich anderen Weg.

Auch in Dänemark hatten die Sozialdemokraten im Gefolge des Aufstiegs der 68er-Generation in der Partei seit den achtziger Jahren eine liberale, zuwanderungsfreundliche Politik betrieben. Infolgedessen stieg der Bevölkerungsanteil mit nichtdänischen Wurzeln seit 1980 von einem Prozent auf gegenwärtig acht Prozent. Angesichts dieser Politik wandte sich ein Großteil der sozialdemokratischen Stammwählerschaft der Dänischen Volkspartei – einer Schwesterpartei der AfD –

zu. Dies und der Umstand, daß das universalistisch angelegte dänische Sozialwesen durch die Zuwanderer in nicht mehr akzeptabler Form belastet wird – so kostet die Zuwanderung inzwischen mit jährlich rund 4,5 Mrd. Euro etwa genau so viel wie das gesamte dänische Grundschulwesen –, haben die Sozialdemokraten bereits 2018 zu einer Umkehr in

Die dänischen Sozialdemokraten gehen einen gänzlich anderen Weg

der Ausländerpolitik veranlaßt.

Bei den Parlamentswahlen 2019 traten die dänischen Sozialdemokraten mit äußerst restriktiven Forderungen in der Ausländer- und Einwanderungspolitik an, nahmen so auf Anhieb der Dänischen Volkspartei mehr als die Hälfte ihrer Wähler ab und gelangten so wieder an die Regierung. Die sozialdemokratische Regierung unter ihrer jugendlichen Ministerpräsidentin



Mette Frederiksen schloß, als sie bereits im Folketing saß, ein Bachelorstudium ab. Jetzt liefert sie Ergebnisse als Ministerpräsidentin

(© Fotograf

Rune Johansen - www.runejohansen.dk / CC-BY-SA-2.5)

Mette Frederiksen hat nun auch geliefert und ihre Wahlversprechen weitgehend eingelöst.

Anfang Juni beschloß das dänische Parlament mit den Stimmen der Regierungspartei und der rechtsliberalen Partei Venstre ein Gesetz, wonach künftig Asylsuchende in Auffangzentren außerhalb Europas untergebracht werden sollen. Man hofft so, daß weniger Menschen in Dänemark Asyl suchen würden, wenn sie wüßten, daß sie in ein Land außerhalb Europas gebracht werden könnten. Ziel der dänischen Regierung ist, die Zahl der „Flüchtlinge“ nach Dänemark „auf null zu reduzieren“. Mögliche Auffangzentren Dänemarks könnten etwa in Äthiopien, Ägypten, Ruanda oder Tunesien-



Als die IOM das Flüchtlingslager an der Grenze zum Schengen-Raum in Lipa, Bosnien Ende 2020 schließen wollte, verhinderte die Dänische Flüchtlingshilfe eine humanitäre Katastrophe, indem sie die Migranten weiterversorgte (TREND)



en errichtet werden.

Weitere Stichpunkte der dänischen Ausländerpolitik sind Einschränkungen beim Familiennachzug, eine „Rückführungsreform“ zur Sicherstellung der Rückführung abgelehnter Asylbewerber und die Aufrechterhaltung von Grenzkontrollen. Ferner soll die Gewährung von Entwicklungshilfe für afrikanische Länder an deren Kooperation bei der dänischen Zuwanderungspolitik gekoppelt werden.

Zuwanderer, die sich bereits in Dänemark befinden, sollen dort verstärkt integriert werden, etwa durch eine Kindergartenpflicht für Ausländerkinder und eine Arbeitspflicht für Empfänger von Bar-Sozialleistungen und Integrationshilfen. Wohngebieten und Schulen sollen allmählich sozial gemischter

werden. Binnen zehn Jahren soll so sichergestellt werden, daß künftig in keiner Wohngegend, Schule oder sonstigen Bildungseinrichtung ein Zuwandereranteil von 30 Prozent überschritten wird. Ziel ist, daß aus

In der dänischen Migrationspolitik finden sich Ansätze für Remigration

Zuwanderern letztlich Angehörige der dänischen Gesellschaft werden, die am dortigen Arbeitsleben teilnehmen und die dänischen Grundwerte, wie etwa Demokratie und die Gleichberechtigung der Geschlechter, vorbehaltlos anerkennen.

Damit läßt sich die Einwanderungspolitik der dänischen Sozialdemokraten insgesamt als eine

neue Gegenbewegung zum vorherrschenden liberalen, einwanderungsfreundlichen Diskurs nahezu aller sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Westeuropa charakterisieren. Die deutschen Sozialdemokraten finden das alles höchst problematisch, sehen mögliche Verstöße gegen internationale Abkommen und sorgen sich um die Werte ihrer dänischen Schwesterpartei.

Die AfD braucht also nicht zu befürchten von der SPD rechts überholt zu werden. Die Regierungsvorhaben der dänischen Sozialdemokraten erscheinen darüber hinaus aber auch einer gründlicheren Betrachtung wert. Vielleicht lassen sich hier ja im Einzelfall auch für die Politik der AfD nützliche Ideen finden.

Matthias Bath



Das Kopenhagener Schloß Christiansborg vereint den Folketing (Legislative), Oberstes Gericht (Judikative) sowie Dienstsitz des Ministerpräsidenten und königliche Empfangsräume (Exekutive) unter einem Dach (Julian Herzog - julianherzog.com / CC BY 4.0)





Das folgende Interview mit Martin Sellner, dem Gründer und Kopf der Identitären Bewegung, findet sich in voller Länge auf [trendmagazin.co](https://www.trendmagazin.co)

TREND: Die Zukunft Deutschlands steht und fällt mit der Identität seiner jungen Leute. Gelingt es, ein nationales Bewußtsein in Erinnerung zu rufen, erscheint ein Stimmungsumschwung zu Selbstachtung und nationaler Verbundenheit möglich. Welche Initiativen hältst Du für geeignet, um diese Entwicklung zu fördern?

Martin Sellner: Der Bevölkerungsaustausch beginnt altersmäßig „von unten“. In vielen deutschen Städten ist, wenn man sich auf Herkunft und Identifikation mit Deutschland bezieht, also gar nicht mehr von einer „deutschen Jugend“ zu sprechen. Unter den Verbliebenen findet sich im Westen ebenfalls wenig nationales Bewusstsein. Gerade da wo deutsche Jugendliche in der Minderheit sind findet eine Anpassung statt. Die fehlende Masse, die fehlende Kraft öffentliche Räume zu besetzen und Stärke auszustrahlen wirkt sich auch fatal auf den Widerstandsgeist aus. Wo im Westen noch eine Mehrheit an jungen Deutschen besteht befinden wir uns in der Regel im linksgrünen Isolat der Oberklasse, dass vollkommen umerzogen und antideutsch ideologisiert ist. Ausweichventile der jugendlichen Rebellion ist dann die – mittlerweile im Mainstream

etablierte – linksterroristische Antifa, oder die kosmopolitische „Klimabewegung“. Im Osten zeigt sich ein anderes Bild. Hier besteht noch eine echte Substanz, die Hand in Hand mit einer Dominanz über öffentliche Räume geht. Hier kann noch eine genuin rechte Gegenkultur entstehen, die auch den bedrängten Westen geistig „entsetzen“ könnte. Alles was im metapolitischen Bereich agiert, von Aktionismus, über Musikprojekte bis hin zu Theorieblogs, kann hier einen Beitrag leisten.

[...]

TREND: In der zurückliegenden Fußball-Europameisterschaft wird der Sport politisiert wie selten zuvor. Welche Rolle sollte die körperliche Ertüchtigung in der Jugendbildung Deiner Meinung nach spielen?

Martin Sellner: Sport ist zentral. Der Körper sollte das geistige Leben widerspiegeln. Eine Weltanschauung die von Ordnung, Hierarchie, Disziplin und Konsequenz geprägt ist, sollte sich auch körperlich ausdrücken. Gemeinsamer Sport schweißt zudem zusammen und macht fit für linksextreme Angriffe und Wettläufen mit den Ordnungskräften.

TREND: Patriotische Projekte werden immer wieder auf Medienplattformen wie YouTube, Facebook und Twitter zensiert. Was hilft dagegen?

Martin Sellner: Vorerst nichts. Deplatforming ist eine Realität mit der wir leben müssen. Sie ist letztlich Ausdruck der Übermacht des linksliberalen Universalismus. Er verrät damit zwar die Phrase der „Demokratie“ und sein wahres Gesicht als totalitärer Zensor. Allein: diese Tatsache kann ebenfalls keine Breitenwirkung erreichen, da auch der Protest über die Zensur zen-

siert wird. Wichtig ist es so weit als möglich, das träge Konsumverhalten des rechten Lagers zu ändern, sodass eine immer größere Masse, dynamisch den Zensierten auf neue Plattformen folgt.

[...]

TREND: Welchen Stellenwert hat Technik für die Metapolitik? Was kann man von Heideggers Kritik der Technik lernen?

Martin Sellner: Die Frage der Metapolitik und die philosophische Kritik Heideggers an der Technik hängen zwar zusammen, doch ist das Verhältnis sehr komplex und verwunden. Konkret ziehe ich persönlich aus Heideggers „Gelassenheit zu den Dingen“ auch eine Art Rechtfertigung sich als Rechter oder Traditionalist der Taktiken und Kommunikationsmittel der linksliberalen Moderne zu bedienen und nicht den Weg der Amish zu gehen. Wichtig ist dabei, sich nicht von der Technik, oder dem nackten Machtdenken völlig vereinnahmen zu lassen.

[...]

TREND: Wie können junge Menschen für die rechte Sache begeistert werden?

Martin Sellner: Durch starke Bilder, klare Worte und wahre Ideen. Letzter haben wir, erster und zweitere müssen wir erzeugen und zeitigen. Der Aktivismus ist die direkteste und beste Methode, mitreißende und mobilisierende Bilder zu schaffen, weswegen nach wie vor kein Weg an ihm vorbeiführt um Menschen zu begeistern.

TREND: Und zu guter Letzt: Wann bist du mal wieder in Berlin? Die Stadt wirkt so leer ohne dich.

Martin Sellner: Vielleicht ruft mich der „revolutionäre Herbst“ der Coronaproteste ja bald wieder ans Brandenburger Tor!



Ein Mord als Fanal zum Aufstand – Vor 85 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg

Im Sommer 1936 stand Spanien unter extremer politischer Hochspannung. Die seit Februar mit Zweidrittelmehrheit regierende linke Volksfront schickte sich an, Land und Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzugestalten, während sie seit April im Verborgenen eine Militärverschwörung formierte, um sie genau daran zu hindern. Derweil versank das Land in einer Orgie von Blut und Gewalt.

In der Sitzung der Cortes, des spanischen Parlaments, am 16. Juni 1936 ging der Führer der christdemokratischen CEDA-Partei, Gil Robles, mit der Regierung hart ins Gericht, als er darauf verwies, daß in den zurückliegenden vier Monaten 160 Kirchen niedergebrannt worden waren und es zu 269 politischen Morden gekommen war. Außerdem waren 69 Parteibüros und 10 Zeitungsredaktionen zerstört worden, und es hatte 113 Generalstreiks und 228 Teilstreiks gegeben. Robles schloß mit den Worten, ein Land könne unter jeder Regierungsform leben, nicht aber unter der Anarchie, und Spanien sei leider eine Anar-

chie, und so nehme man heute „am Begräbnis der Demokratie teil!“ Auf Robles folgte der monarchistische Fraktionsführer Calvo Sotelo, der das spanische Chaos als Folge der republikanischen Verfassung von 1931 erklärte, auf deren Grundlage

Für Deutschland, Italien und die Sowjetunion war der Spanische Bürgerkrieg eine Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg

sich kein funktionsfähiger Staat aufbauen ließe.

Die Gewalt wie auch die geheime Offiziersverschwörung setzten sich auch im folgenden Monat fort. Nach dem Mord an einem Offizier der Guardia de Asalto (Sturmgarde), einer 1931 gegründeten Sonderpolizei zum Schutz der Republik, am 12. Juli, erschienen in der folgenden Nacht Kollegen des Ermordeten bei Calvo Sotelo, nahmen ihn fest und erschossen ihn kurz darauf in ihrem Dienstwagen. Den Leichnam gaben sie am Madrider Ostfriedhof als un-

bekanntem Toten ab. Calvo Sotelo wurde erst in den Mittagsstunden des 13. Juli identifiziert. Bei seiner Beisetzung schworen die Monarchisten einen Tag später diesen Mord zu rächen.

Das spanische Bürgertum war über den Mord am Führer der parlamentarischen Opposition durch Angehörige der regulären Polizei entsetzt. Aber auch die Militärverschwörer nahmen diesen Mord als endgültigen Anlaß zum Losschlagen. Am 17. Juli 1936 begann der Aufstand der Militärs zunächst in Spanisch-Marokko, das bis zum Abend des folgenden Tages vollständig in der Hand der Nationalen war. Schon am frühen Abend des 17. Juli schickten die Aufständischen auch von Marokko aus Telegramme mit dem Losungswort „Sin novedad“ (nichts Neues) an die in die Verschwörung eingeweihten Garnisonen auf dem spanischen Festland, wo der Aufstand daraufhin am 18. Juli begann. Auch wenn dieser nicht flächendeckend erfolgte und keineswegs überall erfolgreich war, hatte die Republik ihm zunächst wenig entgegenzusetzen. Das Gros des spanischen Heeres und der Zivilgarde, der militärischen Gendarmerie Spaniens, hatte sich den Aufständischen angeschlossen. Aufseiten der Republik standen lediglich kleinere Teile der Armee und die Sturmgarde. Immerhin war die spanische Flotte zum Großteil der Republik treu geblieben.

In der Nacht vom 18. zum 19. Juli entschied sich die Regierung daher, die Milizen der linken Parteien und Gewerkschaften zu bewaffnen, da diese die einzigen waren, die sich in nennenswerter Anzahl den aufständischen Militärs entgegenstellen konnten. Dies löste aber unausweichlich die Linksrevolution im



Als die deutschen Truppenverbände unter dem Namen „Legion Condor“ im Sommer 1939 siegreich von Spanien nach Deutschland zurückkehrten, erhielt die Spanische Allee in Berlin-Zehlendorf, vorher „Wannseestraße“, ihren heutigen Namen – von ihr rührt auch der Name der Spanische-Allee-Brücke, besser bekannt als Spinnerbrücke

(Noop1958 via wikimedia commons/CC BY-SA 3.0)



republikanisch gebliebenen Teil des Landes aus. Am 21. Juli konnte man bereits die Gebiete abgrenzen, in denen der nationale Aufstand gesiegt hatte, im Gegensatz zu jenen, wo er gescheitert war. Von nun an herrschte in Spanien richtiger Krieg – nicht nur Aufstand und Widerstand. Beiderseits der Fronten dieses Bürgerkrieges befand man sich von nun an im Bluttausch. Pardon wurde von keiner der Parteien gegeben. Binnen eines Monats wurden fast 100.000 Menschen willkürlich und ohne Gerichtsverfahren umgebracht.

Für die Nationalen unter General Franco war es zunächst von zentraler Bedeutung angesichts der republikanischen Flotte, die die Straße von Gibraltar sperrte, Truppen in nennenswerter Anzahl von Marokko nach Südspanien zu bringen, wo die Nationalen zunächst nur das Gebiet um Cadiz und die von republikanischen Gebiet umschlossenen Städte Sevilla und Corboda hielten. So entsandte Franco schon am 22. Juli Emissäre nach Deutschland und Italien, um dort Transportflugzeuge zum Transport seiner Truppen nach Südspanien zu erbitten. Italien erklärte sich am 25. Juli zur Entsendung von zwölf Transportflugzeugen nach Marokko bereit. Am 26. Juli genehmigte auch Hitler deutsche Hilfe für Franco. 30 Transportflugzeuge vom Typ Ju 52 gingen unverzüglich nach Marokko ab. Ohne diese deutsch/italienische Hilfsaktion hätten die Nationalen wahrscheinlich ihre schwachen Positionen in Südspanien binnen weniger Wochen noch im Sommer 1936 eingebüßt. So aber stärkten ab dem 29. Juli die aus Afrika herangeführten kampferfahrenen Kolonialtruppen die nationalen Kräfte und vermochten im August Sevilla und Corboda zu entsetzen und weiter nach Granada und entlang der portugiesischen Grenze nach Norden vorzustoßen.

Bereits am 31. Juli waren auch 85

Angehörige der Luftwaffe mit sechs Heinkel-Jagdflugzeugen auf dem Seeweg von Hamburg nach Cadiz entsandt worden, wo sie am 5. August eintrafen. Das war der Anfang der Legion Condor, die als verdeckter deutscher Militärverband auf nationalspanischer Seite an den künftigen Kämpfen des Krieges teilnehmen sollte. Die Legion bestand vor allem aus Verbänden der Luft-

Der Spanische Bürgerkrieg ist der letzte Krieg, an dem Deutschland auf Seiten des Siegers teilgenommen hat

waffe, sie verfügte aber auch über Bodentruppen mit Flak- und Panzerabwehreinheiten und acht Panzerkompanien. Ihre Stärke erreichte im Herbst 1936 einen Höchststand von 10.000 Mann, wurde dann aber 1937 auf 6.000 reduziert. Durch häufige Personalfuktuation erwarben aber wohl insgesamt 20.000 Deutsche in der Legion eigene Kriegserfahrung. An der Parade der heimgekehrten Legionäre in Berlin nahmen am 6. Juni 1939 jedenfalls 14.000 Soldaten teil. Italien unterstützte die Nationalspanier mit etwa 50.000 faschistischen Milizionären. Aber auch Portugal entsandte etwa 20.000 „Freiwillige“ in der „Legion de Viriatio“ nach Nationalspanien. Die Republik erhielt ihrerseits ab Oktober 1936 Waffenhilfe aus der Sowjetunion. Zugleich mobilisierte die Komintern ihre Mitgliedsparteien in den einzelnen Ländern zur Rekrutierung von Freiwilligen für die spanische Republik. Die so entstandenen Verbände wurden als „Internationale Brigaden“ bezeichnet. Ein erstes Kontingent von 500 französischen Freiwilligen traf am 14. Oktober 1936 in Spanien ein.

Für Deutschland, Italien und die Sowjetunion war der Spanische Bür-



Heinrich Himmler bei Francisco Franco

(Bundesarchiv, Bild 183-L15327 / CC-BY-SA 3.0)

gerkrieg die Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg und Spanien ein willkommenes Übungsgelände zur Erprobung der eigenen damals modernsten Waffen. Die Deutschen erprobten etwa den Jäger Me 109, den Sturzkampfbomber Ju 87 und den Kampfbomber He 111, aber auch das 8,8 cm-Fliegerabwehrgeschütz. Außerdem gewannen Deutsche und Russen weiterführende Erkenntnisse für den taktischen Einsatz ihrer Luftwaffen, und das deutsche Heer darüber hinaus auch für den strategischen Einsatz großer selbständiger motorisierter Verbände.

Der Krieg selbst sollte sich noch bis Anfang 1939 hinziehen. Am 6. Februar 1939 überschritt die Regierung der Republik in Katalonien die Grenze nach Frankreich. Am 28. März zogen Francos Truppen in der Hauptstadt Madrid ein und besetzten am 31. März den Hafen von Alicante. Damit befand sich ganz Spanien in Francos Hand. Wenn man so will, ist der Spanische Bürgerkrieg damit der letzte Krieg, an dem Deutschland auf Seiten des Siegers teilgenommen hat.

Im Zweiten Weltkrieg blieb Spanien entgegen aller Erwartung neutral, so daß das franquistische Regime auch das Kriegsende 1945 unbeschadet überlebte. Es sollte noch 30 weitere Jahre bis zum Ableben Francos im November 1975 existieren. Erst nach dem Tode des Diktators ließ der nunmehrige König Juan Carlos das Land behutsam bis 1977 wieder in eine parlamentarische Demokratie umwandeln. *Matthias Bath*



Vor einem Jahr hatte ich schon einmal über das merkwürdige Phänomen geschrieben, daß größere Organisationen von Menschen dazu neigen bürokratische Strukturen zu bilden. Diese Strukturen wiederum führen zur Bildung zahlreicher Gremien, die zunächst vor allem Aktivitäten und Energien binden, letztlich aber zur Verkrustung der bestehenden Organisationen führen, so spontan und lebendig sie auch begonnen haben mögen. Diese Bürokratisierung der Organisationen führt überdies zur Herausbildung interner Machtstrukturen, die sich ohne eigentliches Mandat dazu von ihrer jeweiligen Mitgliederbasis abheben und eigene, vielfach persönlich geprägte Interessen und Zielvorstellungen entwickeln.

Dieses „Eherne Gesetz der Oligarchie“, das der Soziologe Robert Michels schon 1911 am Beispiel der damaligen SPD entdeckt hat, führt letztlich zur Verselbständigung der einmal gewählten Funktionäre von ihrer Wählerschaft. Parteiführungen, die eigentlich Vollzugsor-

gane des Willens ihrer Parteibasis sein sollten, erlangen so letztlich die Herrschaft über ihre Wähler. Schließlich entstehen bürokratische Apparate, die ihre Basis nur noch als Beitragszahler und Handlanger zum Zettelverteilen und ähnlichen subalternen Tätigkeiten wahrnehmen und pikiert sind, wenn die Mitglieder sich angesichts dessen resigniert zurückziehen. Funktionsträger, die sich dieser Transformation versagen, werden von deren Protagonisten über kurz oder lang aus dem bürokratisierten Apparat ausgeschieden.

Parteibasis nur noch als Beitragszahler und Zettelverteiler

Nachdem sich die Pulverschwaden über den Berliner Aufstellungsver-sammlungen vom Juni 2021 ver-zogen haben, kann man vieles klarer erkennen. Mitgliederparteitage wird es in dem eigentlich überschaubaren Berliner Landesverband der AfD

mit seinen noch rund 1.300 Mitglie-dern wohl nie wieder geben. Die Gegner einer direkten Beteiligung der Parteibasis haben sich in vollem Umfange durchgesetzt. Alle Gegenbestrebungen für Mitgliederpartei-tage und Mitgliederaufstellungsver-sammlungen von Basisinitiativen und einer Minderheit der Partei-führung sind gescheitert. Natürlich führen die Verantwortlichen in der Berliner AfD stets gute, sachgerecht klingende Gründe an, warum einem Delegiertenparteitag der Vorzug zu geben sei. In Coronazeiten gilt das erst recht, weil Abstandsgebot und andere Hygienevorschriften ihrer Teilnehmerzahl nach unkontrollierten Massenveranstaltungen entgegenstehen. Angesichts der be-kannten Schwierigkeiten des Ber-liner Landesverbandes, Veranstaltungs-räume in der Stadt zu finden, wird aber auch künftig wohl stets Delegiertenversammlungen und Delegiertenparteitagen der Vorzug gegeben werden.

Damit werden auf Dauer 80 % der Mitgliedschaft von der direkten Mitwirkung an der Wahl ihrer Partei-führung und der Kandidaten zum Abgeordnetenhaus und Bundestag ausgeschlossen. Man mag dem entgegenhalten, daß ja keineswegs alle Mitglieder hieran auch tatsächlich unmittelbar mitwirken wollen, und es ja auch zahlende „Karteileichen“ in der Mitgliedschaft gebe. Aber möglicherweise ist die hohe Zahl derartiger „Karteileichen“ ja auch eine Folge des Rückzugs einstmals engagierter Mitglieder. Außerdem ist die Zahl der möglichen Delegier-ten satzungsgemäß auf 20 % der Mit-glieder beschränkt. Es können also rein zahlenmäßig gar nicht alle Mit-glieder auch Delegierte werden. Daß in der Mitgliedschaft aber durchaus ein größeres Potential als 20 % an





Pazderski gratuliert Kristin Brinker zum ersten Platz auf der Berliner Konsensliste

Entscheidungen von Tragweite für die Partei mitwirken will, hat erst vor kurzem der digitale Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidaten der AfD zur Bundestagswahl belegt, an dem deutschlandweit 48 % der Mitgliedschaft teilgenommen hat. Dieser Entscheid hat zudem mit 71 % der abgegebenen gültigen Stimmen ein Ergebnis erbracht, das der Mehrheit in den Bundesgremien der AfD eher unerwünscht gewesen sein mag.

Freizeitpatrioten und Netzwerke um Beatrix von Storch

Doch zurück nach Berlin: Hier hat im März ein nahezu völlig aus Delegierten der konkurrierenden Netzwerke um Kristin Brinker und Frau von Storch zusammengesetzter Parteitag zwar Brinker knapp zur neuen Landesvorsitzenden gewählt, dem storchschen Netzwerk hingegen eine komfortable Mehrheit im neuen Landesvorstand beschert. Diese Mehrheit hat auch die Aufstellung der Kandidatenlisten zu Abgeordnetenhaus und Bundestag durch Delegiertenversammlungen mehrheitlich im Landesvorstand durchgesetzt und so die Masse der Berliner Parteimitglieder von der Mitwirkung hieran ausgeschlossen.

Angesichts der fortbestehenden Zerstrittenheit und gegenseitigen Selbstblockade des Berliner Landesverbandes trafen sich schließlich informelle Führungsfiguren beider Netzwerke, um sich, ohne ein eigentliches von wem auch immer erteiltes Mandat hierfür zu besitzen, auf eine gemeinsame Vorschlagsliste zum Abgeordnetenhaus zu einigen. Das nichtöffentliche Aushandeln einer derartigen Liste vermutlich in Büros der Abgeordnetenhausfraktion durch selbstbestellte Entscheidungsträger ist natürlich ein weiterer Schritt zu Oligarchisierung und Verengung der Entscheidungsfindung inner-

halb der Partei auf kleine informelle und intransparente Funktionärszirkel. Aber natürlich gab es angesichts der dargestellten Lage der Berliner Landespartei gute Gründe für eine derartige Konsensliste, um eine reibungslose Kandidatenaufstellung zu ermöglichen und den bestehenden Streit nicht auch in den bevorstehenden Wahlkampf hineinzutragen. Aber was durch eine Ausnahmesituation gerechtfertigt erscheinen mag, dürfte sich nun wohl als Regelfall etablieren.

Das nichtöffentliche Aushandeln von Kandidatenlisten ist ein weiterer Schritt hin zur Oligarchisierung

Außerdem müßte eine derart erstellte Liste eine Bestenauslese der möglichen Kandidaten beider Lager darstellen. Davon kann aber nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Die meisten Mitglieder der bisherigen Abgeordnetenhausfraktion sind nicht durch besonders herausragende Oppositionsleistungen aufgefallen. Menschlich verständlich ist, daß sie gleichwohl und wegen ihrer wirtschaftlich auf ihre Mandate gestützten Lebensplanungen auch weiterhin dem Abgeordnetenhaus

angehören wollen. So ist es nicht verwunderlich, daß die in der Abgeordnetenhausfraktion mehrheitlich von Abgeordneten ausgehandelte Konsensliste auf ihren ersten zehn Plätzen nur bisherige Abgeordnete und auf den folgenden 14 Plätzen immerhin noch acht bisherige Abgeordnete enthält. Im Grunde haben hier die informellen Verhandler sich und ihresgleichen informell als ihre eigenen Nachfolger eingesetzt. Abgeordnete, die sich wie der rührige und bienenfleißige Carsten Uebelohde von vornherein einem derartigen Deal verweigerten, wurden auf der Liste nicht berücksichtigt. Der aktivistische Abgeordnete Andreas Wild wurde, als er sich einer Kandidatur auf dem von vornherein wenig aussichtsversprechenden Platz 23 verweigerte, ebenfalls von der Liste gestrichen. Schließlich blieb nur noch, diese Liste den Delegierten auf Vorbesprechungen in den einzelnen Bezirksverbänden zu verkaufen. Im übrigen ist auch das Organisieren von Gefolgschaften auf derartigen Delegiertenvorbesprechungen ein Kennzeichen fortschreitender Oligarchisierung. Mit so entstandenen Gefolgschaften punkten dann die regionalen Oligarchen in den internen, informellen Entscheidungszirkeln gegenüber Oligarchen anderer Bezirksverbände.



Auf der Aufstellungsversammlung am 5./6. Juni ging dann das Bestreben der Listengemeinschaft dahin, die Liste um jeden Preis durchzuhalten, während die Listengegner schon die reine Sprengung der Liste als politischen Selbstzweck ansahen. Im Ergebnis hielt die Liste trotz einiger Kampfkandidaturen bis Platz 8. Für Platz 9 trat dann der Schöneberger Amtsrichter Brousek an, der sich mit unvergleichlicher Chuzpe als unabhängiger Kandidat und Gegner aller Listenabsprachen präsentierte und so auf einmal auch statt des bisherigen Pankower Abgeordneten Buchholz gewählt wurde. Brousek hat als Mitglied des Landesschiedsgerichts eine unrühmliche Rolle beim Ausschlußverfahren gegen Andreas Wild gespielt und dürfte sich auch in der neuen Abgeordnetenhausfraktion alsbald als Teil des storchschen Netzwerkes zu erkennen geben. Die Plätze zehn bis dreizehn gingen wiederum im Sinne der Konsensliste durch. Auf Platz 14 trat Carsten Ubbelohde gegen den schwachen Pankower Listenkandidaten Mohr an und wurde gewählt. Auf Platz 15 scheiterte Andreas Wild gegen den überraschend starken Neuköllner Listenkandida-

ten Eschricht. Am Abend des ersten Aufstellungstages waren 17 von 30 Plätzen nominiert. 15 Mal war das Ergebnis im Sinne der Listenmacher ausgefallen.

Der zweite Aufstellungstag erwies sich als ergebnisoffener. Auf Platz 19 setzte sich Sarah Gröber aus Steglitz-Zehlendorf gegen den Listenkandidaten Gunnar Lindemann aus Marzahn-Hellersdorf durch. Dieser

Die Berliner AfD ist den etablierten Parteien ein Stück ähnlicher geworden

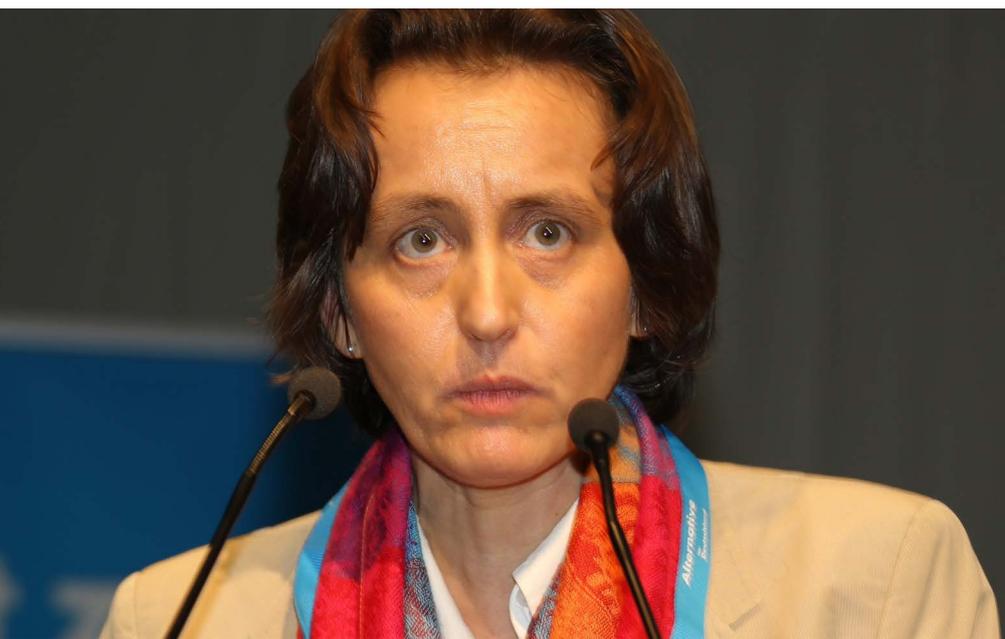
wurde daraufhin erst auf Platz 21 gewählt. Der für Platz 20 der Liste gesetzte JA-Vorsitzende Vadim Derksen trat überhaupt nicht mehr an. Auf Platz 23 setzte sich dafür der JA-Mann Ferdinand Vogel gegen den Listenkandidaten Michael Adam durch, der erst auf Platz 28 gewählt wurde. Die Plätze ab 25 waren vorher nicht vergeben worden und wurden so in freier Konkurrenz ermittelt und besetzt.

Am Ende der Aufstellung waren zwar alle Lager mit dem disziplinierten Ablauf der Veranstaltung zufriede-

den, nicht aber unbedingt mit deren Ergebnissen. Den Machern der Liste stieß übel auf, daß, obwohl man theoretisch 80% der Delegierten hinter sich hatte, man teilweise nur gut 50% der Stimmen erhielt und vier von 24 Plätzen nicht im Sinne der Liste besetzen konnte. Umgekehrt mußten die Gegner der Liste erkennen, diese im wesentlichen nicht verhindern gekonnt und sie nur punktuell zu sprengen vermocht zu haben.

Eine Woche später bei der Aufstellung der Kandidaten zum Bundestag gab es keine zuvor abgesprochene Liste, und die Teilung der Berliner AfD trat wieder stärker hervor. Beatrix von Storch erhielt als Berliner Spitzenkandidatin der AfD zur Bundestagswahl mit 50,7% nur eine Stimme mehr als das zu ihrer Wahl erforderliche Quorum ausmachte. Zum Vergleich hatte Kristin Brinker eine Woche zuvor als Spitzenkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus 89,4% der Stimmen erhalten. Auf Platz 2 und 3 folgten die in der Partei unumstrittenen Abgeordneten Curio und Frömming mit jeweils großen Mehrheiten. Auf Platz 4 verdrängte der bisherige Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Pazderski die bisherige Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann, die daraufhin auf Platz 5 der Liste gewählt wurde. Den Rest der achtköpfigen Liste bildet eine bunte Truppe wohl ohne tatsächliche politische Relevanz.

Die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag am 13. Juni erfolgte dann wieder durch den tendenziell für das storchsche Netzwerk etwas günstiger zusammengesetzten Landesparteitag. Hier kam dann die ernüchternde Revanche für den Vortag: Von den 25 Berliner Bundesdelegierten gehören 20 zum storchschen Netzwerk; von den 25 Ersatzdelegierten sind es 17. Authentische Patrioten findet man unter den Berliner Delegierten so gut wie gar nicht.



Beatrix von Storch, beim Netzwerken ganz vorne mit dabei – und zieht neue Kräfte immer wieder auf ihre Seite (blu-news.org via wikimedia commons / CC By-SA 2.0)





Welche Staatsform kommt dem ursprünglichen Idealbild der AfD am nächsten? (Falk2 via wikimedia/CC BY-SA 4.0; wikimedia/CC0 1.0)

Die AfD muß sich besinnen

Am Ende bleibt ein zwiespältiger Eindruck. Mit ihrer Abkehr vom Prinzip der Mitgliederparteilage und -aufstellungsversammlungen hat die Berliner AfD einen großen Schritt weg vom basisdemokratischen Denken getan. Auch ist der Vorschlag von Wahllisten durch informelle Gruppen, die sich dabei im wesentlichen selber wieder vorschlagen, weder für die innerparteiliche Demokratie förderlich noch mit basisdemokratischen Gedanken vereinbar. Im Ergebnis dessen standen 18 der gegenwärtig 22

AfD-Abgeordneten wieder auf dieser Vorschlagsliste. Daß dabei auch etliche Schlecht- oder Minderleister

Die AfD wäre gut beraten, ihre Mitglieder wieder stärker in die innerparteilichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen

auf die Liste gelangten, versteht sich von selbst. Die Berliner AfD ist damit den etablierten Parteien, von denen sie sich eigentlich doch abhe-

ben will, wieder ein Stück ähnlicher geworden. Andererseits belegen die tatsächlichen Abstimmungsergebnisse, daß auch ein Platz auf der Vorschlagsliste noch keine sichere Garantie für eine Nominierung darstellte. Außerdem zeigt die Aufstellung der Bundestagsliste, daß es auch ohne vorher abgesprochene Listen geht. Die AfD wäre gut beraten, diesen Weg weiter einzuschlagen und auch ihre Mitglieder wieder stärker in die innerparteilichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Matthias Bath

WIR, DIE DEMOKRATEN

LYRIK

Nur wir allein sind Demokraten,
tönt es von den Blockparteien.
Zu Widerworten wir nicht raten,
wir werden die niemals verzeihen.

Sollt' jemand and'rer Meinung sein,
ob Corona und was auch immer,
dem heizen wir gar mächtig ein,
nennen ihn Nazi oder schlimmer.

Oft fehlt uns zwar ein Argument,
Realität ist uns zuwider,
ersetzen Fakten vehement
durch Diffamierung immer wieder.

Stattdessen appellieren wir
an etwas, was seit Jahrmillionen
im Kopfe ist von jedem Tier,
im Stammhirn, wo Gefühle wohnen.

Menschenverstand wir gar nicht
mögen,
den möchten wir total ersetzen,
sollte der sich doch mal regen,
wir die Gedankenschere wetzen.

Doch wir nicht nur Gedanken
schneiden,
gebraucht jemand ein falsches Wort,
von dem wir uns sehr hurtig scheiden,
nehmen ihm Amt und Würde fort.

Wehe dem, der widerspricht,
zeitgeistlichem Gedankengut,
steht bald vor dem Moralgericht,
wird Zielscheibe unserer Wut.

Das heißt, wir dulden keine Zweifel,
was ein jeder muß einsehen,
Freigeist ist für uns der Teufel,
wie wir Demokratie verstehen.

Rolf Lindner



Über die Corona-Schutzimpfungen

Von Ulf Martin

Netzseite: weltexperiment.com

Es gibt drei Arten von Impfstoffen, allen ist gemeinsam, daß durch sie Spike-Proteine in den Körper gelangen, die zu einer Immunreaktion führen sollen:

1. Bei Tot-Impfstoffen werden direkt Spikeproteine in den Körper eingespritzt. Einen solchen Impfstoff will die Firma Sanofi im vierten Quartal 2021 auf den Markt bringen.
2. Vektor-Impfstoffe bestehen aus Viren, den „Vektoren“. Im Fall der Covidimpfung handelt es sich um Adenoviren. Das sind „Schnupfenviren“, bei denen Teile des genetischen Codes vom neuartigen Coronavirus in das Genom eingefügt wurden, sodaß diese Viren, wenn sie in Zellen gelangen, diese Zellen veranlassen, Spike-Proteine herzustellen. Hersteller dieser Art von Impfstoffen sind die Firmen Astra Zeneca und Janssen.
3. Bei den mRNA-Impfstoffen werden in den Körper nur Genomfragmente eingespritzt, die in Nanoteilchen verpackt sind. Die Genomfragmente sollen die Zellen dann in ihr Erbgut einbauen und danach Spike-Proteine produzieren. Anbieter sind aktuell Moder-

na, Biontech/Pfizer, und Curevac (Zulassung für das zweite Quartal 2021 beantragt).

Tot-Impfstoffe sind derzeit noch nicht auf dem Markt. Den beiden anderen Impfprinzipien ist gemeinsam, daß sie körpereigene Zellen dazu bringen, das eigentlich körperfremde Spike-Protein zu produzieren. Diese Spike-Proteine gelangen dann

Die Virenübertragung wird durch die Impfung bisher nicht verhindert

in die Blutbahn und die Immunreaktion soll darin bestehen, daß das Immunsystem die Spike-produzierenden Zellen ausfindig macht und zerstört. Es handelt sich der Sache nach um gentherapeutische Eingriffe, weil Körperzellen künstlich ein körperfremdes Genom erhalten.

Allen Impfungen ist gemeinsam, daß sie in die Blutbahn gespritzt werden. Das Immunsystem wehrt sich jedoch gegen Coronaviren zunächst und zumeist mittels der Schleimhäute. Diese werden durch die Impfung nicht aktiviert. Entsprechend wird von keinem Hersteller angegeben, daß die Impfstoffe eine „sterile Immunität“ erreichen würden. Bei einer sterilen Immunität verhindert

der Impfstoff, daß ein Geimpfter den Erreger an andere Menschen weitergibt. Sterile Immunität wäre die Voraussetzung, um die Infektionsausbreitung zu stoppen.

Fragen zu Nebenwirkungen

Alle Corona-Impfstoffe haben nur eine sogenannte „Notfallzulassung“. Die mRNA-Impfungen wurden sogar noch *nie* erfolgreich ausprobiert. Entsprechend ist vieles über ihre tatsächliche Auswirkung auf den Organismus nicht bekannt. Es handelt sich bei der aktuellen weltweiten Impfkampagne somit um das größte Medizinexperiment der Geschichte. Ein ordentliches Zulassungsverfahren dauert in der Regel ein Jahrzehnt und die meisten Impfstoffentwicklungen scheitern.

Es ergeben sich einige Fragen (u.a. nach Jäger):

- Rufen die vom Körper nach der Impfung produzierten Spike-Proteine die gleichen Erkrankungen hervor wie diejenigen des Virus? Bisher ging man davon aus, daß das nicht der Fall ist, die neue Forschungsarbeit von Lei et al. legt aber genau das nahe. Man muß bedenken, daß die Spike-Proteine bei gesunden Menschen gar nicht in die Blutbahn gelangen, da die Schleimhäute die Viren bereits abwehren.
- Die mRNA wird in sogenannte Nanoteilchen verpackt. Werden diese Teilchen vom Körper abgebaut und entsorgt?
- Verändert die mRNA-Impfung die Funktion der Mitochondrien dauerhaft?
- Schafft die Impfung gegen ein spezielles Virus Platz für andere Viren? In Israel, wo inzwischen fast 60% der Bevölkerung geimpft sind, sind die Geimpften anfälliger als Ungeimpfte für die sogenannte „südafrikanische Variante“ (die in Südafrika übrigens kaum vorkommt).



Es gibt verschiedene Arten von Coronaimpfstoffen – ein großes Geschäft sind sie alle



- Wenn das Immunsystem gegen körpereigene Zellen vorgeht, besteht dann die Gefahr einer Autoimmunerkrankung? Solche Erkrankungen, bei denen sich der Körper selbst bekämpft, sind nur sehr schwer therapierbar.
- Bleibt das Immunsystem durch die Impfung „dauererregt“, sodaß es beim Kontakt mit dem natürlichen Virus eine Überreaktion gibt? Der Wissenschaftsjournalist Dr. Peter F. Mayer beschreibt eine ganze Reihe von Tierversuchsstudien, bei denen es das Muster gab: Die Tiere zeigten nach der Impfung seine schöne Antikörperreaktionen, sind dann aber beim Kontakt mit dem Naturvirus schwer erkrankt oder vielfach sogar gestorben.

Aktuelles über Wirkungen und Nebenwirkungen

In Ländern, in denen schon recht viel geimpft wurde, scheint es eine Verringerung des Anteils schwerer Covid-Verläufe bei alten Menschen zu geben. Für jüngere ist das schwer zu sagen, weil die Zahl der Erkrankungen bei unter 60-Jährigen ohnehin sehr gering ist.

Es wird ebenfalls beobachtet, daß es nach Beginn der Impfkampagne regelmäßig einen Anstieg von Covidopfern gegeben hat, und danach einen Abfall. Als eine mögliche Erklärung gibt Peter F. Mayer an, daß die Impfung das Immunsystem stark belastet und alte Menschen deswegen zunächst eine Zeit lang vor dem Virus wenig geschützt sind und ihm deswegen leichter zum Opfer fallen.

Allerdings fällt auch in Ländern mit sehr geringer Impfquote die Kurve inzwischen überall ab. Es ist jedenfalls zu bedenken, daß wir auf der Nordhalbkugel der Erde gerade Sommer haben. Im Sommer gibt es eine viel geringere Wahrscheinlichkeit, sich mit Coronaviren anzustecken als im Winter. Deswegen werden Grippeimpfungen normalerweise erst im Herbst vorgenommen, zumal

man erst dann weiß, welche Mutationen besonders stark vertreten sind.

Nebenwirkungen werden in Deutschland dem PEI und in der Europäischen Union der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) gemeldet. Nur ein Bruchteil der Nebenwirkungen wird gemeldet, denn vielfach wird nicht erkannt, daß eine Erkrankung durch eine Impfung verursacht wurde, besonders, wenn der Zeitraum zwischen Impfung und Erkrankung groß ist.

Das größte medizinische Experiment der Geschichte

10.000 mal häufiger Nebenwirkungen?

Dennoch ist die Zahl von gemeldeten Erkrankungen im Zusammenhang mit der Impfung jetzt schon besorgniserregend hoch. Normalerweise gibt es pro einer Million Impfungen weniger als eine Nebenwirkung. Für die Coronaimpfungen gibt die EMA, Stand 7. Mai, mehr als 380.000 Verdachtsfälle an. Bei etwas mehr als 43 Millionen „voll Geimpften“ ergibt sich damit eine Quote von eins zu 113, also nicht ganz jede hundertste Impfung führt zur Meldung eines Verdachtsfalles. Wenn es sich bei allen Verdachtsfällen tatsächlich um Nebenwirkungen handeln sollte, dann hätten die Coronaimpfstoffe 10.000 mal häufiger Nebenwirkungen als normale Impfstoffe.

Besonders bedenklich erscheint unter diesen Umständen, die Impfung auch für Kinder zuzulassen. Kinder sind am Corona-Infektionsgeschehen praktisch nicht beteiligt, es geht für sie keine Gefahr vom Virus aus. Obwohl die Impfungen noch nicht für Kinder zugelassen sind, es also nur sehr wenige Kinderimpfungen geben dürfte, gibt es schon Meldungen über Nebenwirkungen (ca. 1300) und Todesfälle (3) an die EMA.

Für drei verhinderte Tote

zwei Tote durch Impfung

Der Wiener Wissenschaftsjournalist Peter F. Mayer betreibt den Blog tpk.at, in dem er wissenschaftliche Studien und offizielle Daten zu den Fragestellungen der Coronakrise vorstellt. [Anm. d. Red.: Aus der oben genannten Quelle „tkp.at“ stammt eine Gegenüberstellung des Nutzens und Risikos von mRNA-Impfungen von Prof. Harald Walach, Rainer Klement und Wouter Aukema vom 24. Juni 2021. Dort kommt man zum Ergebnis: Für drei durch die Impfung verhinderte Todesfälle müssen wir zwei durch die Impfung verursachte Todesfälle in Kauf nehmen.]

Dr. Helmut Jägers Medizinisches Coaching sieht man am besten als Philosophie von Coronakrise und Medizin allgemein an. Auf dem Corona-Blog wird offizielles Datenmaterial aufbereitet.

Auf weltextperiment.com, der Netzseite des Autors dieses Artikels, finden sich zusammenfassende Beiträge rund um den Corona-Komplex.



Was nutzt die Impfung? Auch Geimpfte tragen im Supermarkt die Maske

(Foto: Melanie Lim via Unsplash)





Die slowenische Hauptstadt am Fluß Ljubljana

(traveldudes via Pixabay)

Doppelte Standards: Hier Slowenien, da die Ukraine

Stellen wir uns vor, ein Großreich herrscht viele hundert Jahre über ein bestimmtes kleines Gebiet an seiner Grenze. Dann kommt dieses kleine Gebiet aufgrund geschichtlicher Ereignisse, Krieg oder politischer Entscheidungen unter die Herrschaft eines anderen mittelgroßen Staates und als später dieser mittelgroße Staat zerbricht, kommt es zu einer demokratischen Abstimmung über die Rückkehr des kleinen Gebietes in das historische Großreich, die mit Mehrheit angenommen wird. Ist es nicht grundsätzlich zu respektieren, wenn die Menschen in einem Gebiet sich frei entscheiden, dem einen oder anderen Staat anzugehören? Ist es ethisch richtig, eine demokratische Abstimmung zu verwerfen oder rückgängig machen

zu lassen, nur weil einigen Mächtigen das Ergebnis nicht paßt? Im 15. Jhdt. erlangte Österreich die Kontrolle über das heutige Slowenien. Nach vielen hundert Jahren habsburgerischer Herrschaft über Slowenien wurde es Teil von Jugoslawien. Als dieser Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion Risse zu zeigen begann, verkündeten europäische Regierungen die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens, was den Zerfall Jugoslawiens und den Balkankrieg befeuerte, nur um kurz nach Kriegsende großzügig den Beitrittsantrag Sloweniens entgegenzunehmen und das alte Gebiet wieder in den historischen Großraum zu integrieren. Im 17. Jhdt. erlangte Rußland die Kontrolle über die Halbinsel Krim.

Nach vielen hundert Jahren zaristischer Herrschaft über die Krim wurde sie Teil der Ukraine. Als dieser Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion Risse zu zeigen begann, verkündete die russische Regierung die Anerkennung der Souveränität und Rechte der Menschen auf der Krim, was den Zerfall der Ukraine und den Krieg der transatlantischen Westukraine gegen die freien Republiken Donezk und Luhansk befeuerte, nur um noch während des Krieges die Volksabstimmung auf der Krim zur Wiedervereinigung mit Rußland anzuerkennen und das alte Gebiet wieder in den historischen Großraum zu integrieren. Je eher die amerikanischen Imperialisten einer Aufteilung der Ukraine auf der Grundlage von Volksabstimmungen den Weg freimachen, desto eher endet der Krieg in Osteuropa, der dem Balkankrieg der NATO in den 90ern zum Verwechseln ähnlich sieht.

Elias Nicolaus

Lösung des Weltuntergangskreuzworträtsels

	H	A	U	S	D	U	R	C	H	S	U	C	H	U	N	G	
	C	R		I	N		A		O		N	I	A	T			
O	C	H	L	O	K	R	A	T	I	E	4	2	G	R	E	T	A
R	H			T	A	S	R		7		R	E	S	E	T		
C	O	R	O	N	A	T	C	A	G	O	A		A	C	E		E
A	R		P	O	T		H	B	O		K	U	S	H	N	E	R
E	N	T	S	C	H	L	E	I	E	R	U	N	G	T			

Impressum

Adresse: Andreas Wild MdA
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin

Telefon: 030-209677555

E-Post: epost@trendmagazin.co

Der Albaner, ein widerspenstig fatalistischer Optimist

Auszüge aus einem Reisebericht von Stephan Hobusch

Das Einheitsgefühl der albanischen Nation geht zurück auf Skanderbeg (eigentlich Georg Kastriot), ein albanischer Nationalheld, der, nachdem er sich dem Christentum zugewandt hatte, als siegreicher Führer der „Albanischen Liga“ im Aufstand gegen die Osmanenherrschaft als Sieger hervorging und von 1444 bis zu seinem Tod, 1468, die Unabhängigkeit gegen die Türken bewahrte. Skanderbeg hat heute noch einen bedeutenden Stellenwert im Selbstverständnis der albanischen Lebensart, die sich im Großen und Ganzen immun gegen fundamental islamische Bestrebungen zeigt.

Obwohl die Türkei der islamischen Community in Albanien jährlich einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag zum Moscheebau und für Schulen spendet, nimmt man z.B. in der Hauptstadt Tirana oder der zweitgrößten Stadt Durrës „mohammedanisches Leben“ nur marginal wahr. Obwohl neu gebaute moderne Moscheen in den Stadtbildern unübersehbar sind, finden nur verhältnismäßig wenige Moslems (Bevölkerungsanteil etwa 50%), die in ihrer Mehrheit anscheinend eher der westlichen Lebensart zugeneigt sind, den Weg zum gemeinsamen Gebet. Da spart sich dann wohl auch der Muezzin die Luft zum Gebetsaufruf, der nur sehr selten zu hören ist.

Die Römisch-Katholische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Kirche kommen zusammen in ihren durchweg stabilen Gemeinschaften auf etwa 40 % Bevölkerungsanteil und alle gemeinsam pflegen ein eher entspanntes Verhältnis. „Schwein“ ist für weltlich-albanische Moslems grundsätzlich kein Tabu, genauso wenig die nationale Medizin „Raki

Crushi“, ein Brand aus Trauben, ähnlich dem Grappa. [...]

Es gibt innerhalb der Bevölkerung aber auch kritischere Geister, die eine Gefahr in der geduldeten Einflußnahme des Sultans vom Bosphorus sehen und Ängste vor einer mittelfristigen Spaltung der Gesellschaft hegen. Die Intention scheint für jene klar, die Verbreitung eines fundamentalen Islams. Ein weiterer Verlierer wäre Griechenland, umschlossen durch eine erweiterten Einflußsphäre der Türken.

Auf der anderen Seite steht das Bestreben der Amerikaner, in Albanien Fuß zu fassen: Es scheint keinen Ort ohne amerikanische Schulen, Universitäten und Krankenhäuser zu geben. Ob äußere Einflußnahme, durch wen auch immer, für die albanische Kultur zukünftig eine Gefahr darstellt, wird sich zeigen. Beispiele aus der Geschichte belegen aber, daß eine Wahrscheinlichkeit dafür gegeben ist.

Wollen wir das Beste hoffen, denn bisher scheint der überall spürbare Freiheitswille und die Liebe zum eigenen Land das zu sein, was die Albaner eint. Linksideologische Bestrebungen von geneigter Seite wie in Westeuropa und Amerika mit allen daraus hervorgehenden „Blüten“ vorgelebt, findet nicht statt und wird von Frau und Mann ablehnend kommentiert und als westliche Dekadenz belächelt.

Als Vater aller Grundübel werden grundsätzlich (globale) Politik und Politiker gesehen, mit Ausnahme derer, die erkennbar Positives für ihr Land und ihre Stadt leisten, welche dann auch als „Ikone“ gehegt und gepflegt werden.

Seit einem fast dreimonatigen „Coronalockdown“ Anfang 2020, der schnell wieder fallengelassen wurde, sind zwar Maßnahmen gegen



Nationalheld Skanderbeg behauptete die Unabhängigkeit Albanien gegen die Türken von 1444 bis zu seinem Tod 1468

die Viruspandemie erlassen worden (Maskenzwang, Ausgehsperr, Mindestabstände etc., das übliche „Programm“ eben), aber keiner hält sich dran. Die Gaststätten innen wie außen voll, der Einzelhandel offen und niemand fragt nach Maske und Negativbescheinigung... das normale pralle Leben in „pandemischen Zeiten“. In Albanien ließen sich bisher etwa 10-12 % der Bevölkerung Impfen und der sogenannte „Inzidenzwert“ lag zuletzt bei ca. 3,5. [...]

Ich erhebe bei meiner Schilderung aus Gesprächen und Erlebten keinen Anspruch auf Vollständigkeit und letztendlicher Wahrheit, es handelt sich um einen kurzen Abriss aus der 20./21. Kalenderwoche in 2021. Ich hatte ein Déjà-vu, ich war im freien Westen und das Gefühl ist geblieben.



